

Schützt die Zivilgesellschaft vor dem Leviathan

Von Dominik Feusi

Rede zur Verleihung des Röpke-Preises für Zivilgesellschaft des Liberalen Instituts

Zürich, 30.11.22 (es gilt sowohl das geschriebene, wie das gesprochene Wort)

Es gibt einen Liberalismus jenseits der ökonomischen Klassiker, ja jenseits der Ökonomie selbst. Henrique Schneider, selbst Ökonom, hat es treffend geschrieben: «Die Ökonomie ist nur die Fussnote des Liberalismus.» Die Liebe zur Freiheit benötigt mehr als Ökonomie. Genau das scheint mir das grosse Thema von Wilhelm Röpke zu sein. Und es ist heute mindestens so aktuell wie zu dessen Lebzeiten.

Denn es gibt sie, die «soziale Kälte» des Liberalismus (Gerhard Schwarz), aber es gibt sie nur so lange, wie die Liebe zur Freiheit auf die Ökonomie reduziert wird.

Wilhelm Röpke hat das sehr genau gewusst und davor gewarnt: «Nationalökonomisch dilettantischer Moralismus ist ebenso abschreckend wie moralisch abgestumpfter Ökonomismus.»

Das Erste, die ökonomisch ignorante Ideologie, kenne ich als Journalist im Bundeshaus nur zu gut. Sie führt im besseren Fall zu blosser Symbolpolitik, im schlechteren Fall zur Vernichtung von Wohlstand und Entwicklungschancen unserer Gesellschaft. Denken Sie nur an die letzten Beschlüsse in der Energie- und Klimapolitik.

Doch es gibt auch das Zweite, die ökonomistische Engführung von Freiheit auf den blossen wirtschaftlichen Nutzen. Es gibt den Reflex, nur den Zahlen von Ökonomen zu glauben.

Röpke hat sich zeit seines Lebens überlegt, was es zusätzlich zu einer freien Marktwirtschaft braucht, damit eine freie, marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft nicht nur Wohlstand generiert, sondern gesellschaftlich funktioniert.

Wir wissen: Freie Verträge zwischen Menschen sind das beste Mittel, die Beziehungen in einer Gesellschaft zu organisieren. Freie Preise sorgen für die

effiziente Zuteilung knapper Ressourcen, seien es Material, Arbeitskraft oder finanzielle Mittel. Und weil in einer freien Gesellschaft Millionen solcher Verträge geschlossen werden, funktioniert sie besser als jede Planwirtschaft.

«Dass in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform.» (F.A. Hayek)

Ohne Zwang eingegangene Verträge sind auch das beste Mittel dagegen, dass Einzelne Macht über andere erhalten.

Doch das genügte zu Lebzeiten Röpkes nicht und es genügt heute nicht. Er suchte die Bedingungen für eine, wie er es nannte, «menschliche Ökonomie». Er fand sie, in dem er in der Ökonomie nicht nur Zahlen gesehen hat, sondern das griechische «Oikos», das «Zuhause», der Ort, an dem wir leben, wo wir zur Ruhe kommen, ein Daheim, das wir gegen Eindringlinge verteidigen und wo wir Gäste willkommen heissen. Es ist der Ort, an dem Werte und Verhaltensweisen gelernt werden, aus denen sich eine «soziale Ordnung» ergibt, eine Voraussetzung, die der «freiheitliche, säkularisierte Staat» nicht selbst erschaffen kann (gemäss dem Diktum des Rechtsphilosophen Ernst-Wolfgang Böckenförde).

Im kommunistischen Manifest stehen viele Halbwahrheiten. Aber in der Analyse des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts hat es ein paar richtige Beobachtungen. Er hat ganze Bevölkerungsmassen in Bewegung gebracht. Menschen konnten ein besseres Leben suchen, die Orte und den Status verlassen, in die sie geboren wurden. Das Leben war nicht mehr vorgezeichnet durch Herkunft. Aus Schicksal wurde die fortgesetzte Wahlmöglichkeit. Aus verzweifelter Ergebnislosigkeit wurde jeder «seines eigenen Glückes Schmied». Das finden wir Liberalen – im Unterschied zu den Kommunisten – sehr positiv.

Die Globalisierung hat diese Entwicklung geographisch erweitert und beschleunigt. Wir leben in hyper-mobilen Zeiten, alles scheint überall verfügbar. Wir arbeiten irgendwo für irgendwen und was wir konsumieren, wurde von irgendwem irgendwo hergestellt. Das ist gut und Voraussetzung für unseren Wohlstand. Aber seien wir ehrlich: Ganz glücklich sind wir damit nicht. Es ist etwas verloren gegangen.

Röpke hat das vorausgesehen. Er nennt diese Entwicklung im Kapitalismus «Vermassung» oder «Atomisierung» der Gesellschaft. Er kritisiert diese Form von Marktwirtschaft «mit seinem übermächtigen Kapital- und Machtzusammenballungen, seinem Massenproletariat, seiner Zentralisierung, seiner Elephantiasis der Grossstädte und Industriereviere».

Da tönt Röpke wie ein Jungsozialist. Und Linke in allen Parteien würden ihm noch so gerne zustimmen. Märkte reduzieren den Menschen auf seine Rolle als Produzent bei der Arbeit und als Konsument darum herum. Soziale Zersplitterung ist die Folge. Es entsteht eine Gesellschaft der anonymen Massen. Wir wollten doch eine der Individuen. Da fehlt etwas.

«Der Markt regelt eben nicht alles», ist einer der am meisten gehörten Sätze in Bern, bis weit ins bürgerliche Lager hinein. Und es ist einer der gefährlichsten Sätze, weil der, der ihn sagt, sich selbst einen Blankocheck ausstellt für das Gegenteil von Markt und Freiheit. Und weil jenen, die sich gegen diesen Satz engagieren sollten, oft das Rüstzeug dafür fehlt.

Das Problem ist grundlegender Natur: Die materialistische Engführung des Menschen als Produzent und Konsument ist falsch und führt in der Politik dazu, dass es für jedes politische Problem eine ökonomische Lösung geben muss. Dann ist der Unterschied zwischen links und rechts immer der gleiche: Links redet von «Marktversagen» und will zu dessen Korrektur mehr Geld verteilen, rechts ist dagegen.

Die SP hat kürzlich die ersten Forderungen für den kommenden Wahlkampf vorgestellt. «Die SP ergreift Partei für eine soziale Schweiz» heisst es da. Gefordert wird dann mehr Geld zur Verbilligung der Krankenkassenprämien, mehr Geld für den Klimaschutz, mehr Geld für die familienexterne Kinderbetreuung. Die Liste liesse sich endlos fortsetzen.

<https://www.sp-ps.ch/artikel/wahlen-2023-die-sp-ergreift-partei-fuer-eine-soziale-schweiz/>

Links kann sich so stets als Menschenfreund darstellen, rechts bleibt die Rolle des kalten Verhinderers einer «sozialen» und «gerechten» Gesellschaft. Kämpfen wir nur diesen Kampf, werden wir ihn verlieren. Es werden jene gewinnen, die mit diesem Mechanismus von Marktversagen, zu mehr Interventionismus, zu mehr Umverteilung, zu noch mehr Marktversagen letztlich staatliche Macht ausbauen. Und wir Liberalen schauen einfach zu, bis dem «Sozialismus das Geld ausgeht»? (Margaret Thatcher)

Mit «Marktversagen» lässt sich jeder liberale Begriff ins Gegenteil kehren. Wir sehen das heute an der «sozialen Marktwirtschaft», die die Röpke mitbegründet und die in Deutschland, wo sie grosses geleistet hat, heute für jeden noch so antiliberalen Staatseingriff erhalten muss. Wenn die hiesige FDP plötzlich von Plakaten herunter «Gemeinsinn» einfordert, dann befürchte ich dabei genau die Legitimation für jeden noch so unfreiheitlichen Eingriff in die individuelle Freiheit. Denn: Wer genau hinschaut, wird bei jedem «Marktversagen» eine staatliche Regulierung oder eine Subvention finden, die dazu geführt haben.

Mein Zwischenfazit: Röpkes «humane Ökonomie» ist also ebenso nötig als Antwort auf die Vermassung der Menschen im globalen Kapitalismus, wie gefährlich als Plattform für die Gegner von Freiheit. Und das ist der Grund, weshalb sich Liberale noch heute mit Röpke schwer tun.

Aber was ist denn unsere, liberale Antwort auf die marktwirtschaftliche Zersplitterung der Gesellschaft? Wie gehen wir um mit der Entwurzelung durch die Globalisierung?

Wir sollten das Risiko eingehen und diese Fragen beantworten. Dazu müssen wir aber sehr genau, ich sage bewusst «dogmatisch», unterscheiden, woher denn diese «Menschlichkeit» in die Ökonomie kommt.

Röpke selbst würde auf die Schweiz verweisen. Auf unsere Kleinräumigkeit, auf den Föderalismus und auf die Kantons- und Gemeindeautonomie. Auf die zahlreichen Vereine und Organisationen, welche von unten das herstellen, was blosse Märkte benötigen: eine vielfältige, kleinräumige Zivilgesellschaft. Das Gemeinschaftliche, das Menschliche kommt bei Röpke von «unten», nie von «oben».

Die meisten Menschen kennen das: Das wahre «Oikos», das Zuhause ist der Ort der privaten (und deshalb echten) Solidarität, der Nächstenliebe, der Barmherzigkeit. Da sind Menschen nicht nur Konsumenten, sondern Mitglieder einer Gemeinschaft. Die FDP kann also schon «Gemeinsinn» einfordern. Aber sie muss genau wissen, dass der nicht vom Staat, nicht von oben, hergestellt werden darf, damit er die Freiheit nicht gefährdet, sondern nur von unten, aus der freiwilligen, privaten Kooperation der Menschen. Nur: Wenn «Gemeinsinn» von unten kommen und privat sein muss, dann macht er als Slogan auf einem Wahlplakat für eine staatliche Behörde keinen Sinn.

Röpke würde zudem auf einen Begriff verweisen, der absichert, dass seine «humane Ökonomie», nicht in einen weiteren kollektivistischen Weg führt: Subsidiarität. Die Forderung, dass Fragen zuerst vom Individuum, seinen Nächsten und seiner Familie beantwortet und nur dann von einer höheren staatlichen Ebene geregelt werden, wenn es nicht anders geht. Diese Idee fusst tief in der calvinistischen Staatslehre, die Röpke als Protestant und Flüchtling in Genf natürlich verinnerlicht hat. Es ist keine Überraschung, dass diese calvinistische Subsidiarität nur in der Schweiz und in den USA einigermaßen wirkmächtig umgesetzt wurde. Die EU will übrigens auch subsidiär sein und nur die wirklich wichtigen Fragen auf der Ebene der EU lösen, wobei die EU-Kommission selbst bestimmt, was diese Fragen, sind. Das Resultat ist bekannt.

Die Subsidiarität ist bedroht von Zentralismus, von der Verschiebung von Verantwortung weg von den Menschen, hoch in die staatlichen Sphären in die Stuben anonymer Bürokraten, unzugänglich für die Bürger, beschützt vor uns Journalisten durch Armeen von Kommunikationsstellen, wenn wir zum Beispiel wissen möchten, ob das, was sie tun, zweckmässig ist und eine Rechtsgrundlage hat.

Also wenn schon, dann sollte die FDP «Subsidiarität» auf ihre Wahlplakate schreiben! Aber reicht das schon als unsere Antwort auf Röpkes «Vermassung» der Menschen?

Röpke schreibt: «Freiheit ist unmöglich ohne moralische Bindungen allerhöchster Ordnung, Freiheit ohne Normen und Regeln, ohne moralische Selbstdisziplin der einzelnen ist die furchtbarste Unfreiheit für alle diejenigen, die dabei zertrampelt und versklavt werden.»

Das menschlich nötige Zuhause gibt uns Halt und Sinn, das «Little Platoon» (Edmund Burke) schafft die «Normen und Regeln» und bewahrt uns vor der anonymen «Big Society».

Verstehen Sie mich nicht falsch: Dieses Zuhause ist kein biedermeierisches trautes Heim, das sich von der Welt abwendet und sich ins Private zurückzieht. Im Gegenteil: Es ist der Ort, an dem die Welt reflektiert wird, wo die Freiheit wächst und der Widerstand gegen ihre Feinde. Es ist auch der Ort der Verwurzelung, der Liebe zur Heimat, der Voraussetzung für die Zuneigung zu allen Menschen weltweit.

Und wenn links und woke gegen diese Zellen der Gesellschaft, gegen die Familie und die Zivilgesellschaft agitiert, sie von staatlichen Bewilligungen, staatlichen Kinderkrippen, Schulen und staatlichem Geld abhängig macht, dann machen sie das, um sie und die gesellschaftlichen Werte und Normen aufzulösen, die dort produziert werden. Es geschieht, weil man links genau weiss, dass es diese privaten Zellen von unten sind, welche Widerstand leisten gegen die Staatsmacht von oben.

Wir haben in der Pandemie erlebt, wie der Staat in unser Privatleben eingedrungen ist, beispielsweise geregelt hat, dass wir in der Schneeburde zwar etwas bestellen, aber nicht an einem Tisch sitzen dürfen. Jetzt will er gegen die selbst verschuldete Strommangellage die Temperatur in der Waschmaschine kontrollieren und wissen, ob wir Fernsehen schauen – das ist erlaubt oder Netflix – das ist verboten. Das ist nicht nur absurd, es ist auch ein Angriff auf die Zivilgesellschaft.

Mit dem Eindringen in die kleinsten Verästelungen unserer Gesellschaft saugt der Staat die Zivilgesellschaft aus, macht sie abhängig, lenkt sie in seine Bahn und dirigiert sie weg von den Motiven ihrer vielen Mitglieder hin zu den Absichten der wenigen Bürokraten.

Alexis de Tocqueville formulierte es so: «Fast überall in Europa herrscht der Souverän auf zwei Arten: Den einen Teil der Bürger lenkt er durch ihre Furcht vor seinen Beamten, den anderen durch die Hoffnung, seine Beamten zu werden.»

Doch es reicht nicht, gegen diese Bevormundung anzukämpfen. Wie retten wir, was von dieser «Small Society», diesen «Little Platoons» übrig geblieben ist? Und wie kann diese Kleinräumigkeit, diese Subsidiarität eine politische Forderung werden?

Die Gesellschaft und ihre freien zivilgesellschaftlichen Institutionen – Familie, Vereine, Kirchen, Stiftungen, Think Tanks, Netzwerke – definieren fortlaufend die nötigen gesellschaftlichen Normen. Sie haben aber nicht das Gewaltmonopol des Staates, diese dem Individuum vorzuschreiben und durchzusetzen. Sie stehen in einem Wettbewerb. Ihre «Normen und Regeln» müssen sich bewähren. Das macht die Normen der Zivilgesellschaft leistungsfähiger und ungefährlicher als jene des Staates. Darum müssen sie

gestärkt werden. Es dürfen nicht nur links-grüne NGOs als gemeinnützig und damit steuerbefreit anerkannt werden.

Erst in der Trennung und Unterscheidung von Staat und Gesellschaft entsteht Platz für das Individuum, seine Freiheit und seine im Gewissen gelebte Verantwortung. Diese Trennung ist eine der Errungenschaften der Aufklärung. Sie ist Voraussetzung für die «Befreiung aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit» (Immanuel Kant). Wer diese Trennung verwischen oder auflösen will, ist reaktionär.

Darum: Das Ziel der Liberalen darf nicht einfach genügend Parkplätze in der Stadt sein, tiefe Steuern und eine Altersvorsorge, die nicht vor die Hunde geht. Ziel ist die sich selbst regierende Gesellschaft, eine «Self-governing Nation», ein «Government of the people, by the people, for the people» (Abraham Lincoln). Ich bin liberal, damit meine Kinder ihre Talente und Träume ausleben können, ohne dass sie vorher Cédric Wermuth um eine Erlaubnis bitten müssen.

«Eine solcherart offene Gesellschaft ermöglicht mit ihrem Pluralismus den Individuen, ihre eigenen Lebenswege durch Leistung und entsprechend ihren Fähigkeiten zu bestimmen und persönlich nach dem eigenen, richtigen Glück zu suchen.» (Franz Muheim)

Es geht also nur mit einer Entstaatlichung der Zivilgesellschaft und dem Wiederaufbau von liberalen Gemeinschaften. Von Zirkeln, Freundeskreisen, Zünften, von Milizorganisationen, Turn- und Musikvereinen, freiwilligen Diensten, Engagements in Parteien, Kirchen, liberale Medien, Schulen und Kulturinstitutionen.

Das wird nicht einfach. Beginnen Sie mit dem Liberalen Institut und dem Nebelspalter!

Röpke hat darauf hingewiesen, dass es dazu einen Mittelstand braucht, der Eigentum besitzt. Mittelstand und Eigentum sind zwei Fragen, die von den bürgerlichen Parteien, die sie bearbeiten müssten, komplett ausser Acht gelassen werden. Die Belastung des Mittelstandes nimmt zu, obwohl in den meisten Parlamenten und Regierungen Bürgerliche an der Macht sind. Und die gleichen Bürgerlichen lassen zu, dass Eigentum durch Verknappung des Angebotes und zunehmende Nachfrage durch Zuwanderung für breite Bevölkerungsschichten unerschwinglich geworden ist.

Marktwirtschaft benötigt aber «breite Streuung des Eigentums, standfeste Existenzen und echte Gemeinschaften, die, beginnend mit der Familie, den Menschen einen Halt geben, mit Gegengewichten gegen Wettbewerb und Preismechanik, mit Individuen, die verwurzelt sind.» (Wilhelm Röpke)

Freiheit braucht Wurzeln, braucht Heimat und einen Ort, an dem sie wachsen kann. Und Freiheit braucht Eigentum, oder die realistische Aussicht darauf. Freiheit braucht eine private Zivilgesellschaft, an dem sie gemeinsam erkämpft, erlebt, und gefeiert werden kann.

Schaffen wir diese Orte, schaffen wir dieses Zuhause, diese freiheitlichen Zellen, diese Brutkästen einer «Self-governing Nation» – für die Freiheit und gegen «rote und braune Fäuste».

Häutligen, 30.11.2022/fi.